

Artikel publiziert am: 12.04.2012 - 12.14 Uhr

Artikel gedruckt am: 13.04.2012 - 10.57 Uhr

Quelle: <http://www.merkur-online.de/nachrichten/politik/hubert-aiwanger-freie-waehler-schatten-piraten-mm-2273777.html>

Im Schatten der Piraten

München - Der Neuling von gestern kämpft um Beachtung. Die Freien Wähler ärgert der Wirbel um die vermeintlich cooleren Piraten. Die Aiwanger-Truppe schreibt nun ein Wahlprogramm und will stärker bemerkt werden.



© dpa

Der Bundesvorsitzende der Freien Wähler: Hubert Aiwanger.

Die Sache mit den Piraten und den Journalisten bringt Hubert Aiwanger regelmäßig an den Rande der Fassung. Die Medien könnten doch, so wie sie es mit den Piraten taten, ruhig auch mal die Freien Wähler „in die Parlamente reinschreiben“, grollte er unlängst bei einer Pressekonferenz. Schriftlich beklagte Aiwanger sich auch, es sei doch „unübersehbar, dass CSU-nahe Medien die Piraten geradezu hofieren“.

Der Ruf des Neulings, von den Polit-Ritualen unverdorben, wurde den Freien Wählern entrisen. Mit pragmatischen Positionen irgendwo zwischen Schwarz-Gelb und Rot-Grün waren Aiwanger und 20 Kollegen 2008 in den Landtag eingezogen. Sie erlauben sich seither, Vorschläge aus beiden Lagern gut zu finden. Mitunter auch gleichzeitig – was ihnen den Vorhalt der Widersprüchlichkeit und der Beliebigkeit einbrachte.

Für Schlagzeilen reichte das selten – die kriegen die Piraten. Nun aber brauchen die Freien vor dem Doppelwahljahr 2013 Aufmerksamkeit. Im Bund will Aiwanger erstmals die fünf Prozent überspringen, in Bayern die Fraktion erhalten. Hier liegen die Freien in Umfragen stabil bei über acht Prozent. Falls die Piraten scheitern, gilt Aiwanger als Königsmacher, der entweder der CSU oder Rot-Grün zu einer Regierungsmehrheit verhelfen könnte. Falls die Piraten ins Parlament kämen, wäre die einzige Aiwanger-Machtopion wohl ein Bündnis mit der CSU.

Beide Optionen will sich Aiwanger bis nach der Wahl offenhalten. Inhaltlich wollen die Freien aber nun klar Stellung beziehen. Die Partei hat mit Vorarbeiten zu einem Wahlprogramm begonnen. „Im Herbst, ein Jahr vor der Wahl, sollte man etwas vorlegen, da ist es Zeit“, sagt Florian Streibl, der parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion. Bis Sommer will er einen Entwurf haben.

Da drohe ein Drahtseilakt, sagen führende Abgeordnete. Aiwanger beschreibt die Gruppe als „liberal-wertkonservativ“, dort kommen auch die meisten Wähler her; man will sich aber abgrenzen von CSU und FDP. Bei der Landesdelegiertenversammlung am 21. April in Rosenheim werden Papiere vorgelegt, die in ein Wahlprogramm einfließen können. Es soll ein Ja zu Europa und zum Euro geben, aber Skepsis gegenüber den Rettungsschirmen. Griechenlands Euro-Rauswurf werde nicht gefordert, sagt Fraktionsvize Michael Piazzolo. Damit grenzt sich der Landesverband von Hans-Olaf Henkel ab, der den Bundestagswahlkampf prägen soll. Auch Henkels Idee eines Nord- oder Süd-Euro sei „sicher nicht unsere politische Forderung“, sagt Piazzolo.

Die Grundlagenkommission unter Bernhard Pohl hat ein Konzept zum Heimatbegriff der Freien Wähler erarbeitet. Das Papier („Gesellschaft braucht Heimat“) hebt stark auf Gemeinschaft und soziale Bindungen ab. Pohl wirbt für mehr Solidarität untereinander statt „staatlich verordneter Fürsorge“.

Fraktionsmanager Streibl koordiniert zudem ein Teil-Konzept zur Infrastrukturpolitik. „Wir wollen auflisten, was wir für richtig halten, bis ins Detail.“ Eckpunkte: Nein zu dritter Startbahn und Donauausbau, **Skepsis bei der zweiten**

Stammstrecke. Ja zur Anbindung Ostbayerns und zum A 94-Ausbau. Die Freien wollen sich außerdem – tief im Piraten-Revier – um Digitalisierung, Transparenz und Bürgerbeteiligung kümmern.

In der Struktur- und Bildungspolitik tauchen da deutliche Differenzen zu Grünen und SPD auf. Streibl verweist aber auch auf Abgrenzungen zu Schwarz-Gelb etwa bei der unabhängigeren Justiz oder der Idee einer Direktwahl des Ministerpräsidenten.

Die Abläufe sind intern noch nicht ausdiskutiert. Piazzolo mag von einem „Programm“ nicht unbedingt reden, allenfalls von „Leitlinien“. Ihm würde dafür auch Ende des Jahres genügen. Konsens ist aber, sich nicht auf eine Seite zu schlagen. „Ganz klar – keine Koalitionsaussagen“, erklärt Streibl.

Wobei sich, wie er feststellt, das Verhältnis zumindest zur größten Fraktion seit einigen Wochen deutlich entspannt. Der Sohn des früheren Ministerpräsidenten Max Streibl konstatiert, „dass die CSU stärker auf uns zugeht. Sie suchen den Kontakt.“ Das gehe manchmal auch um ganz banale Dinge: „Man wird auf dem Gang wieder begrüßt.“

Christian Deutschländer

Artikel lizenziert durch © merkur-online

Weitere Lizenzierungen exklusiv über <http://www.merkur-online.de>